„Modell für den künftigen Umgang mit innerparteilicher Diskussion“? Der Heidelberger Parteitag der KPD 1919

Marcel Bois/Florian Wilde

Kontinuität oder Wandel?

Am Ende der Weimarer Republik war die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) weit von ihren ursprünglichen Idealen entfernt. Die einst von Rosa Luxemburg gegründete Organisation war zu einer vollständig entdemokratisierten, vom Apparat bürokratisch beherrschten Partei geworden. Interne Diskussionen wurden weitgehend unterbunden, politische Konflikte nicht politisch, sondern organisatorisch, also durch Ausschlüsse und Repressalien, ‚gelöst‘. Kritiker belegte die Parteiführung mit Redeverboten oder entfernte sie kurzerhand aus der Partei. Für abweichende Meinungen war in der Parteipresse kein Raum mehr.[1]

Bereits in den 1960er Jahren hat Hermann Weber aufgezeigt, daß dieser Zustand erst durch eine extreme Wandlung der Partei – Weber bezeichnet sie als „Stalinisierung“ – hergestellt werden konnte: Sie „bedeutete für die KPD den Wandel von einer Partei mit einem hohen Maß an innerer Demokratie in eine disziplinierte Organisation mit strikt zentralistischer Befehlsgewalt. Stalinisierung hieß Veränderung des inneren Aufbaus, Entstehung einer monolithischen, straff durchorganisierten, hierarchischen Partei. In ihr beherrschte die Führungsspitze mit Hilfe des Apparates [...] die Mitgliedschaft; die Politik wurde im Sinne und entsprechend den Weisungen der Stalinschen KPdSU praktiziert. [...] An die Stelle von Pluralismus, Selbständigkeit, Diskussion und Autonomie [traten] Unterordnung, Gläubigkeit, Disziplin und Kommandoherrschaft.“[2] Durch die sich in den Jahren 1924 bis 1929 vollziehende Stalinisierung sei das Entwicklungspotential eines in der Anfangsphase der Partei noch dominanten „demokratischen Kommunismus“ luxemburgischer Prägung verschüttet worden, der in der Auseinandersetzung mit dem „diktatorisch-bürokratischen Kommunismus“ schließlich unterlegen sei.[3]

---

1 Siehe Hermann Weber/Andreas Herbst: Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918 bis 1945, Berlin 2004, S.14.

2 Hermann Weber: Aufstieg und Niedergang des deutschen Kommunismus, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 1991, Nr. 40, S.25-39, hier S.27f. Diese Wandlungsthese wurde von Weber vor allem in seinem Werk: Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik, 2 Bde., Frankfurt/Main 1969, entwickelt. An ihrer Gültigkeit hält er bis heute fest. Siehe Weber/Herbst, Kommunisten, S.13f., 17-26 und 43.

3 Siehe die Einleitung zu Hermann Weber (Hrsg.): Der Gründungsparteitag der KPD. Protokolle und Materialien, Frankfurt/Main 1969, S.47f.

In jüngster Zeit ist Webers These vielfach in Frage gestellt worden. An vorderster Front der Kritiker steht Klaus-Michael Mallmann. In seiner sozialgeschichtlich ausgerichteten Arbeit über „Kommunisten in der Weimarer Republik" vertritt er die Ansicht, daß autoritäre Strukturen und Apparatherrschaft ein dem deutschen Kommunismus von Anfang an immanentes Phänomen gewesen seien. Er kommt zu dem Schluß: „Es bedurfte nicht Stalins, um die KPD zu ‚stalinisieren'."[4] Die These vom in der Frühzeit der KPD dominanten „demokratischen Kommunismus" luxemburgischer Prägung sei nicht haltbar: „Daß Kommunismus nie ein demokratisches Projekt war, zieht sich wie ein roter Faden durch mein Buch."[5]

Nicht wenige Rezensenten folgten Mallmann in diesem Punkt. So erklärt Heinrich August Winkler, Mallmann trage „überzeugende Einwände gegen Einseitigkeiten des Deutungsmusters ‚Stalinisierung' vor. [...] Eine ‚gute' KPD der Frühzeit einer vom Einfluß Stalins geprägten ‚schlechten' KPD in den Jahren nach 1928 gegenüberzustellen, war schon immer falsch."[6] Sigrid Koch-Baumgarten nennt diesen Aspekt der Arbeit „eine überfällige Revision der klassischen These von den erstickten Entwicklungsmöglichkeiten eines alternativen demokratisch-luxemburgischen Frühkommunismus."[7] Auch Andreas Wirsching – obwohl in vielen Punkten ein scharfer Kritiker Mallmanns – stimmt diesem in bezug auf die Kritik an der Weberschen Stalinisierungsthese weitgehend zu. Sie gehöre „zu den überzeugendsten des ganzen Buches" und komme der historischen Realität „weitaus näher als Webers These vom demokratischen, ‚luxemburgischen' Frühkommunismus".[8]

Als einen entscheidenden Beleg für seine Behauptung, die KPD sei auch in ihren Anfängen keine demokratische Partei gewesen und die Wandlungsthese mithin hinfällig, führt Mallmann vor allem die Geschehnisse um den zweiten, Heidel-

---

4 Klaus-Michael Mallmann: Kommunisten in der Weimarer Republik. Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung, Darmstadt 1996, S.67. Siehe auch Ders.: Milieu, Radikalismus und lokale Gesellschaft. Zur Sozialgeschichte des Kommunismus in der Weimarer Republik, in: Geschichte und Gesellschaft, 21. Jg., 1995, S.5-31.

5 Ders.: Gehorsame Parteisoldaten oder eigensinnige Akteure? Die Weimarer Kommunisten in der Kontroverse – Eine Erwiderung, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (VfZ), 47. Jg., 1999, S.401-415, hier S.415.

6 Heinrich August Winkler: Rezension zu Klaus-Michael Mallmann: Kommunisten in der Weimarer Republik, in: Historische Zeitschrift, Bd. 265, 1997, S.241-243, hier S.241f.

7 Sigrid Koch-Baumgarten: Eine Wende in der Geschichtsschreibung zur KPD in der Weimarer Republik?, in: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbwegung, 34. Jg., 1998, S.82-89, hier S.83.

8 Andreas Wirsching: „Stalinisierung" oder entideologisierte „Nischengesellschaft"? Alte Einsichten und neue Thesen zum Charakter der KPD in der Weimarer Republik, in: VfZ, 45. Jg., 1997, S.449-466, hier S.463. Zur Stalinisierungsdebatte siehe auch: Norman LaPorte: 'Stalinization' and ist Limits in the Saxon KPD 1925-28, in: European History Quarterly, 31. Jg., 2001, S.549-590; Ders.: The German Communist Party in Saxony 1924-1933, Bern 2003.

berger, Parteitag vom Oktober 1919 an.[9] Im Vorfeld dieser illegal abgehaltenen Versammlung der jungen KPD kam es zu schweren Spannungen zwischen der Zentrale und dem linken Parteiflügel um Heinrich Laufenberg und Fritz Wolffheim. In Heidelberg wurden schließlich den überraschten Delegierten von der Zentrale „Leitsätze über kommunistische Grundsätze und Taktik" zur Abstimmung vorgelegt.[10] Sie betrafen vor allem die seit der Gründung der KPD strittigen Fragen der Haltung der Partei zum Parlamentarismus und zu den Gewerkschaften. Mit Hilfe der „Leitsätze" sollte die Partei auf die Position der Zentrale – welche damit auf dem Gründungsparteitag der KPD Anfang Januar 1919 in der Minderheit geblieben war – festgelegt werden: auf die Beteiligung an Wahlen (die allerdings „als nur vorbereitende Mittel dem revolutionären Kampf unterzuordnen" seien)[11] und die Mitarbeit in den Gewerkschaften des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) anstelle des Aufbaus eigenständiger (kommunistischer) Gewerkschaften. Der letzte Passus der „Leitsätze" lautete: „Mitglieder der KPD, die diese Anschauungen […] nicht teilen, haben aus der Partei auszuscheiden."[12] Mallmann schreibt, daß nicht einmal Ernst Thälmann sich später einen derartigen Rigorismus im Durchgreifen erlaubt habe wie die KPD-Zentrale um den sich als Testamentsvollstrecker Luxemburgs fühlenden Paul Levi. Dieser habe in Heidelberg „das Modell für den künftigen Umgang mit der innerparteilichen Diskussion" geschaffen.[13]

Diese Kritik am angeblich undemokratischen Vorgehen der KPD-Zentrale auf dem Heidelberger Parteitag ist keineswegs neu. Zuerst wurde sie von der zeitgenössischen Opposition formuliert. So schrieben die Ausgeschlossenen in einem Brief an die Delegierten des II. Weltkongresses der Komintern (19. und 23. Juli bis 7. August 1920), sie seien aus der KPD „entfernt worden, weil wir es wagten, gegen den Reformismus der Zentrale in Opposition zu treten".[14] Aber selbst aus den eigenen Reihen wurde Levi kritisiert. Die Kominternführung erklärte: „Wir geben auch zu, daß die Zentrale des Spartakusbundes im Orga-

9 Da der Parteitag in der Illegalität stattfand, mußten die Delegierten häufiger den Tagungsort wechseln. So fand die Konferenz neben Heidelberg auch noch in Mannheim, auf der Wachenburg und dem Dilsberg statt. Der Einfachheit halber verwenden wir hier die auch in der Literatur geläufige Bezeichnung „Heidelberger Parteitag".

10 Diese „Leitsätze" sind in ihrer vom Parteitag beschlossenen Form abgedruckt in: Bericht über den 2. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) vom 20. bis 24.10.1919, hrsg. von der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund), Berlin o. J. (1919), S.60-62. Der von der Zentrale vorgelegte Entwurf der Leitsätze in: ebenda, S.3-6. Auf dem Parteitag wurden außerdem „Leitsätze über den Parlamentarismus" und „Leitsätze über die Gewerkschaftsfrage" angenommen, die die Thesen aus den „Leitsätze(n) über kommunistische Grundsätze und Taktik" spezifizierten (siehe ebenda, S.62-67).

11 Ebenda, S.60.

12 Ebenda, S.62.

13 Mallmann, Kommunisten, S.64.

14 Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BArch), RY 5, I 6/3/2, Bl. 1.

nisationskampf mit den Elementen der Opposition nicht immer genügend Ruhe und Umsicht an den Tag gelegt und dadurch einen Teil der Arbeiter in die Arme der anarcho-syndikalistischen Schreihälse getrieben hat."[15] Karl Radek warf Levi später vor, den Kampf „in maßloser Weise geführt" zu haben.[16] Noch drastischer fiel das Urteil des Zentrale-Mitglieds Fritz Heckert zwei Jahre nach dem Heidelberger Parteitag aus: „Die Art und Weise aber, wie durch Levi in organisatorischer Hinsicht gegen diejenigen Genossen der Feldzug eröffnet wurde, die zwar sachlich einverstanden waren mit den beschlossenen Leitsätzen, aber Bedenken hatten wegen ihrer Anwendung zur Bestrafung vergangener Sünden, war eine Operation, die dem Kranken Arme und Beine und auch einen Teil der Eingeweide herausriß. Die Arbeiter in der Partei hatten kolossale Opfer erbracht, sie wollten die Einigkeit ihrer Organisation erhalten. Sie konnten nicht verstehen, daß mit ihnen solche plötzlichen Experimente gemacht wurden, solche Dr.-Eisenbart-Kuren. Man ließ den Mitgliedern keine Zeit, die Beschlüsse von Heidelberg durchzudenken, und da die Parteiorgane in fast allen bedeutenden Orten verboten waren, wurde die Auseinandersetzung erschwert. Es ist Paul Levis Schuld, durch die brutale Art seines Vorgehens breite kommunistische Schichten in das Lager der KAP getrieben zu haben."[17] Tatsächlich verlor die KPD im Zuge dieser Auseinandersetzung, die sich bis Anfang 1920 hinzog, nahezu die Hälfte ihrer Mitgliedschaft. Viele von ihnen gingen in die neu gegründete Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands (KAPD).[18]

In der Forschung wurde die Kritik erstmals 1948 von Ossip K. Flechtheim aufgegriffen, der das Vorgehen der Zentrale als „zentralistisch-bürokratisch-diktatorisch" bezeichnete. Es sei „ein böses Beispiel, das in der Folge von der deutschen Parteibürokratie als auch von Moskau nur allzu gern nachgeahmt wurde".[19] Auch Hans Manfred Bock konstatiert, Levis taktische Verfahrensweisen „entsprachen sicherlich nicht dem demokratischen Prinzip der Willensbildung".[20] Detlef Siegfried spricht von „undemokratisch zustande gekommenen

15 Offenes Schreiben an die Mitglieder der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands, verfaßt vom Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale, Moskau-Petersburg, 2.6.1920, in: Die Kommunistische Internationale, 2. Jg. (1920), H. 11, S.192-213, hier S.194.

16 Karl Radek: Der Fall Levi, in: Die Kommunistische Internationale, 2. Jg. (1922), H. 17, S.55-80, hier S.66.

17 Fritz Heckert: Paul Levis Weg von der Sekte zur Massenpartei, in: Die Kommunistische Internationale, 2. Jg. (1921), H. 19, S.82-89, hier S.84.

18 Zur Geschichte der KAPD siehe: Hans Manfred Bock: Syndikalismus und Linkskommunismus von 1918-1923. Zur Geschichte und Soziologie der Freien Arbeiter-Union Deutschlands (Syndikalisten), der Allgemeinen Arbeiter-Union Deutschlands und der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Meisenheim am Glan 1969, S.225-287. Laut Mallmann waren es sogar mehr als 50 Prozent der KPD-Mitglieder, die die Partei verließen. Siehe Mallmann, Kommunisten, S.75.

19 Ossip K. Flechtheim: Die KPD in der Weimarer Republik, Hamburg 1986, S.117.

20 Bock, Syndikalismus, S.140.

Beschlüsse[n]"[21], und Duncan Hallas meint, die Durchsetzung des neuen Kurses geschah „ohne große Rücksichtnahme auf demokratische Regeln".[22] Sich auf Flechtheim beziehend, kommt selbst Weber zu einem ähnlichen Urteil.[23]
Selbstverständlich widersprach die kommunistische Parteiführung um Paul Levi den von der Opposition erhobenen Vorwürfen, auch wenn sie selbstkritisch zugab, „nicht von Anfang an den klaren Weg gefunden" und „den einen oder anderen Fehler begangen [zu] habe[n], der korrigiert werden müsse".[24] Aber nur wenige Historiker wie Werner T. Angress folgen ihr: „Auf dem Heidelberger Parteitag von 1919 führte Levi keine Säuberung durch, sondern manövrierte die linken Extremisten in eine so unhaltbare Position, daß sie aus eigenem Entschluß die Partei verließen."[25]
Da der Heidelberger Parteitag offensichtlich ein zentrales Argument jener ist, die das Existenz innerparteilicher Demokratie in der frühen KPD bezweifeln, und selbst jenen, die von einer demokratischen Anfangsphase ausgehen, oft zumindest als „böses Beispiel"[26] gilt, sollen im folgenden die Geschehnisse um den Parteitag näher beleuchtet und untersucht werden, ob sie tatsächlich als ein Beleg taugen, die Wandlungsthese in Frage zu stellen. Dies soll größtenteils anhand einer Analyse der von der kommunistischen Bewegung überlieferten Dokumente geschehen.

Der Heidelberger Parteitag

Seit ihrer Gründung Anfang 1919 schwelte in der jungen KPD ein Konflikt zwischen den Mitgliedern der Zentrale und einer sehr heterogenen linkskommunistischen Opposition, die prinzipiell antiparlamentarische und antigewerkschaftliche – wie die Zentrale ihr vorwarf: syndikalistische – Positionen vertrat. Auf verschiedenen Parteikonferenzen im Sommer 1919 war vergeblich versucht worden, eine Klärung der strittigen Fragen zu erreichen. Eine

21 Detlef Siegfried: Das radikale Milieu. Kieler Novemberrevolution, Sozialwissenschaften und Linksradikalismus 1917-1922, Wiesbaden 2004, S.110.
22 Duncan Hallas: Die Rote Flut. Aufstieg und Niedergang der Kommunistischen Internationale, Frankfurt/Main o. J. (1985), S.33.
23 Siehe Weber, Wandlung, S.39. Die Forschung in der DDR hingegen ignorierte schlichtweg die an der KPD-Führung geäußerte Kritik. Siehe beispielsweise: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 3: Von 1917 bis 1923, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED, Berlin (Ost) 1966, S.260; Günter Hortzschansky/Horst Naumann: Einleitung, in: Protokoll des Gründungsparteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK des SED, Berlin (Ost) 1985, S.9-67, hier S.46f.
24 Die Januarsitzung des Zentralausschusses, in: Kommunistische Räte-Korrespondenz, 2. Jg., Nr. 1 (24), 22.1.1920, S.2-5, hier S.3. Während der Januarsitzung des Zentralausschusses gab es auch „scharfe Kritik an der Zentrale […] wegen ihrer Nachgiebigkeit gegenüber der oppositionellen Organisation". Siehe ebenda, S.4.
25 Werner T. Angress: Die Kampfzeit der KPD 1921-23, Düsseldorf 1973, S.211, Anm. 25.
26 Flechtheim, KPD, S.117; Weber, Wandlung, S.39.

Integration der verschiedenen Strömungen in einer gemeinsamen Partei wurde zunehmend schwieriger, hatten sie doch bereits angefangen, konträre Praxen auszubilden. In verschiedenen linkskommunistisch dominierten Bezirken wurde etwa unter der Losung „Heraus aus den Gewerkschaften" der Aufbau von „Arbeiterunionen" aktiv vorangetrieben. Diese sollten eine Alternative zu den Freien Gewerkschaften darstellen, die von den Linksradikalen der „Bürokratisierung", „Apparatisierung" und des „Bonzentums" bezichtigt wurden. In anderen Bezirken wiederum arbeiteten KPD-Mitglieder in den Freien Gewerkschaften.[27] Levi verteidigte diese Politik: „Die Frage des Verbleibens in den Gewerkschaften war aber eine […] Frage von Leben und Tod für die Kommunistische Partei. Aus den Gewerkschaften herauszugehen […], das wäre gewesen, den Kommunismus von der Erde auf den Mond zu verlegen."[28]

Eine bevorstehende Spaltung der Partei zeichnete sich bereits seit der 3. Reichskonferenz im August 1919 ab und wurde vom linkskommunistischen Flügel ebenso wie von seinen Gegnern in der Zentrale forciert.[29] Mit den „Leitsätzen", welche die Zentrale den Delegierten des Heidelberger Parteitages zur Abstimmung vorlegte, verfolgte sie eindeutig das Ziel, einerseits die Partei politisch umzuorientieren – auf die Beteiligung an Wahlen und die Mitarbeit in den Gewerkschaften – und andererseits die Abspaltung des prinzipiell antiparlamentarischen und antigewerkschaftlichen linkskommunistischen Flügels voranzutreiben. Sie schrieb später, daß der Parteitag darüber zu entscheiden hatte, „ob unsere Partei überhaupt eine Partei, ob sie eine kommunistische insbesondere bleiben wollte, oder ob sie sich auflösen sollte in ein Sammelsurium syndikalistischer Ortsgruppen, die planlos, ohne Einheit, ohne Geschlossenheit, jede um ihren Kirchturm herum die ‚ökonomische Revolution' machen".[30]

Gleich zu Beginn des Heidelberger Parteitages kam es zu einer Abstimmung, aus der sich der in der Literatur so oft erhobene Vorwurf des undemokratischen

---

27 Siehe Sigrid Koch-Baumgarten: Aufstand der Avantgarde. Die Märzaktion der KPD 1921, Frankfurt/Main-New York 1986, S.58; Bock, Syndikalismus, S.80.

28 Die Kommunistische Internationale, 2. Jg. (1921), H. 14, S.122.

29 Laut der oppositionellen „Kommunistischen Arbeiter Zeitung" („KAZ") versuchte die Zentrale bereits auf der 3. Reichskonferenz der KPD, sich eine Mehrheit für ihre Positionen zu organisieren, indem sie Redakteure, Wanderredner und Sekretäre einlud und ihnen das Stimmrecht zuerkennen ließ. Trotzdem gelang es ihr nicht, sich durchzusetzen, weshalb sie nun auf eine Spaltung der Partei orientierte. (siehe Koch-Baumgarten, Aufstand, S.58f.) Bock mutmaßt, hätte die Zentrale bereits hier eine Mehrheit gefunden, wäre die Spaltung bereits auf dieser Konferenz vollzogen worden. (siehe Bock, Syndikalismus, S.140f.) Für die Spaltungsabsichten *beider* Seiten siehe Koch-Baumgarten, Aufstand, S.59 und besonders die Anm. 183 und 184 (S.461f).

30 Mitteilung der Zentrale zur Gruppe um Laufenberg-Wolffheim in Hamburg, in: Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. VII.1: Februar 1919-Dezember 1921, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin (Ost) 1966, S.149-152, hier S.149 (im folgenden zit. als: DuM).

Vorgehens der Levi-Zentrale speist. Hier wurde den Mitgliedern der Zentrale das Stimmrecht zugesprochen „und damit erst die Voraussetzung für den Sieg des Levi-Kurses geschaffen", wie etwa Bock meint.[31] Ähnlich formuliert es Flechtheim: „Eine Mehrheit für ihre Thesen bekam die Zentrale nur dadurch, daß [...] den Zentrale-Mitgliedern das Stimmrecht zuerkannt wurde."[32] Daß dieser Vorwurf immer wieder erhoben wird, ist überaus verwunderlich. Er ist mit einfacher Arithmetik zu widerlegen. Die „Leitsätze" wurden mit 31 zu 18 Stimmen angenommen.[33] Laut Parteitagsprotokoll wurde jedoch nur sechs anwesenden Zentrale-Mitgliedern das Stimmrecht gewährt.[34] Es hätte also auch ohne Stimmrecht der Zentrale-Mitglieder eine Mehrheit von sieben Stimmen für deren Positionen gegeben.

Ein weiteres Beispiel mag veranschaulichen, daß der Vorwurf, die Zentrale habe ihre Positionen vor allem mit Hilfe von formaldemokratischen Verfahrenstricks durchgesetzt, so nicht trifft: Die Frankfurter Parteikonferenz im Sommer hatte beschlossen, daß nur die Bezirke, die ihre Mitgliedsbeiträge abgerechnet hatten, Delegierte zum Parteitag entsenden durften. Der in Opposition zur Zentrale stehende Berliner Bezirk hatte nicht abgerechnet und wäre daher nicht stimmberechtigt gewesen. Trotzdem beschloß der Parteitag auf Antrag der Mandatsprüfungskommission, den vier Berliner Delegierten das Stimmrecht zuzuerkennen, eben weil „zwischen Berlin und der Zentrale sachliche Differenzen bestehen" – ohne daß die Zentrale dagegen Einwände erhob.[35]

Eine andere Maßnahme, die den Unmut vieler Parteitagsdelegierter weckte, war die „Überrumpelung" durch die ihnen vorher nicht bekanntgewordenen „Leitsätze". Laut der linkskommunistischen „KAZ" waren die „Leitsätze" erst wenige Tage vor dem Parteitag in zwei Provinzblättern (dem Erfurter „Kommunist" und der Hanauer „Freiheit") veröffentlicht worden.[36] Radek schrieb später, Levi habe viele Arbeiter dadurch von der Partei abgestoßen, daß er „in Heidelberg die Thesen zum Gesetz der Partei machte, die die Arbeiter erst nach Heidelberg diskutieren konnten".[37] Auch hieraus speist sich der Vorwurf, Levis

---

31 Bock, Syndikalismus, S.141. Bei der Abstimmung über das Stimmrecht für die Zentrale-Mitglieder hatten 24 Delegierte dafür und 18 dagegen gestimmt. Siehe Bericht 2. Parteitag, S.30.

32 Flechtheim, KPD, S.116. Chris Harman meint, die Zentrale habe sich „durch etwas Schwindelei bei den Delegationen" eine knappe Mehrheit gesichert (Die verlorene Revolution. Deutschland 1918-23, Frankfurt/Main 1998, S.188), ohne dies näher zu spezifizieren. Hallas (siehe Flut, S.33) schreibt, einigen linken Delegierten sei der Tagungsort nicht mitgeteilt worden. Siehe hierzu auch: Ruth Fischer: Stalin und der deutsche Kommunismus, Bd. 1: Von der Entstehung des deutschen Kommunismus bis 1924, Berlin 1991, S.159.

33 Siehe Bericht 2. Parteitag, S.42.

34 Siehe ebenda, S.32.

35 Ebenda.

36 Siehe Bock, Syndikalismus, S.144, bes. Anm. 24.

37 Radek, Fall Levi, S.66.

taktisches Vorgehen sei undemokratisch gewesen. Die Zentrale versuchte, die späte Bekanntgabe der „Leitsätze“ mit den Schwierigkeiten in der Illegalität zu entschuldigen.[38] Tatsächlich war die KPD zu dieser Zeit illegal und das Zentralorgan der Partei, die „Rote Fahne“, verboten. Zudem entgegnete die Parteiführung aber ihren Kritikern mit dem Argument, seit mindestens acht Wochen seien „die sachlichen Grundlagen der Leitsätze überall diskutiert worden“.[39]
Ein Blick in die Quellen schafft hier etwas Klarheit. Soweit für den Sommer 1919 Sitzungsprotokolle aus den einzelnen Bezirken überliefert sind, unterstützen sie die Aussage der Zentrale. Zumindest für die Bezirke Niedersachsen, Niederrhein, Halle-Merseburg sowie Rheinland-Westfalen Süd und Nord läßt sich definitiv festhalten, daß die inhaltlich strittigen Punkte des Leitantrags – die Gewerkschaftsfrage und die Stellung zur Wahlbeteiligung – zwischen Mai und September von Bezirkskonferenzen diskutiert worden sind.[40]
Die Quellen geben der Zentrale in einem weiteren Punkt Recht. Diese argumentierte später, die Klärung der offenen Fragen sei unaufschiebbar geworden und habe nur durch einen Parteitag vollzogen werden können. Sie habe quasi in Notwehr gehandelt, da die Hamburger Delegierten ihrerseits die Zentrale hätten ausschließen wollen. Tatsächlich stellte der Bezirk Nord folgenden Antrag: „In der gegenwärtigen Revolutionsperiode dürfen Mitglieder der KPD weder bürgerlichen Parlamenten – sei es in Reich, Staat oder Gemeinde – noch Arbeiterräten, die von einer bürgerlich-kapitalistischen Regierung anerkannt sind, angehören, noch sich an den Wahlen hierzu beteiligen. Kommunisten, die in diesen gegenrevolutionären Institutionen wirken, haben sofort ihr Mandat niederzulegen, andernfalls sind sie auszuschließen.“[41] Unterstützung kam zudem aus dem Bezirk Ostpreußen: „Genossen, die bürgerlichen Parlamenten angehören, haben dort auszuscheiden, sofern dies nicht geschieht, stellen sich diese Genossen außerhalb der Partei.“[42] Offensichtlich orientierte auch die Opposition auf eine Spaltung der Partei durch den Ausschluß ihrer Gegner.[43] Von einer einseitigen Schuldzuweisung für die Eskalation an die Parteiführung sollte man sich daher zumindest an diesem Punkt verabschieden.

---

38 Siehe Bock, Syndikalismus, S.144.
39 Bericht 2. Parteitag, S.44. Diesen Punkt betonte die Zentrale immer wieder. So hieß es in ihrem Rundbrief von Anfang November 1919, die Leitsätze enthielten „keinen einzigen Gedanken, der nicht seit Monaten in der Partei durchdiskutiert worden wäre.“ Siehe Politisches Rundschreiben der Zentrale der KPD von Anfang November 1919 zu den auf dem 2. Parteitag beschlossenen Leitsätzen, in: DuM VII.1, S.143-149, hier S.144.
40 Siehe SAPMO-BArch, RY 1, I 3/14/17, Bl. 1, 3; I 3/20/6, Bl. 10; I 3/11/21, Bl. 1; I 3/20-21/6, Bl. 2.
41 SAPMO-BArch, RY 1, I 1/2/2, Bl. 19.
42 Ebenda.
43 Auch Koch-Baumgarten meint, das Argument der Zentrale, sie habe in Notwehr gehandelt, sei nicht ganz von der Hand zu weisen. Siehe Koch-Baumgarten, Aufstand, S.461, Anm. 184.

Innerparteiliche Debatten statt administrativer Maßnahmen

Die bei der Abstimmung über die „Leitsätze" unterlegenen Linkskommunisten mußten den Parteitag verlassen. In der Folgezeit verzichtete die Zentrale jedoch darauf, die Beschlüsse des Parteitages einfach administrativ umzusetzen. So wurde beispielsweise die Kieler Ortsgruppe, welche „die Beschlüsse des Parteitages für ‚nicht bindend' an[erkannte]",[44] weiter in der Partei akzeptiert. Die Zentrale bemühte sich in den folgenden Monaten, die Parteimitgliedschaft von ihren Positionen zu überzeugen. So schrieb sie in einem Rundbrief Anfang November 1919, es sei erforderlich, „in allen Organisationen die Leitsätze zum Gegenstand eingehender und gründlicher Diskussionen" zu machen. Der Parteitag sei nicht als Schlußpunkt, sondern als Ausgangspunkt der notwendigen Klärung zu sehen. Diese Klärung habe sich zu vollziehen und zu vollenden „nicht über die Köpfe der Mitglieder hinweg, sondern durch sie selbst".[45] In einem Brief der Zentrale an den Bezirk Schlesien, welcher die Parteitagsbeschlüsse enthielt, hieß es: „Es ist unbedingt notwendig, daß dieses Rundschreiben mit aller Gründlichkeit in den Mitgliederversammlungen diskutiert wird".[46] Die Darstellung der offiziellen DDR-Historiographie, wonach in der Zeit „nach dem Parteitag kaum ideologische Auseinandersetzungen geführt [wurden]",[47] ist nicht nachvollziehbar – im Gegenteil: Die innerparteiliche Diskussion kam mit Heidelberg keineswegs zum Abschluß, sondern setzte sich in den folgenden Monaten in der ganzen Partei fort. In der „Roten Fahne", die seit Dezember wieder erscheinen durfte und permanent über Bezirkskonferenzen berichtete, wurde die Debatte fortgeführt. So stellte sich beispielsweise die Bezirkskonferenz Nordbayern „auf den Boden der Leitsätze [...]. Die Genossen [...] bedauern die Spaltung und hoffen, daß die augenblicklich in Opposition stehenden Bezirke sich bald von der Richtigkeit dieser Leitsätze überzeugen und durch Wiederanschluß die Schlagkraft der Partei erhöhen."[48]

Auch kritischere Berichte wurden mit Selbstverständlichkeit in dem Zentralorgan abgedruckt: „Vor kurzem fand eine Konferenz des Bezirkes Sachsen-Anhalt statt, die sich mit den Beschlüssen der letzten Reichskonferenz der KPD beschäftigte. Nach lebhafter Debatte wurde in namentlicher Abstimmung mit 19 gegen 13 Stimmen eine Resolution angenommen, die den Wunsch ausdrückt, die Einigkeit der KPD zu erhalten. Die Resolution stellt fest, daß bei den krassen Gegensätzen zwischen den zentralistischen und syndikalistischen Auffassungen eine Vereinigung dieser Richtungen innerhalb einer Partei unmöglich sei. Deshalb wird gewünscht, daß diejenigen Genossen, welche sich zum Syndikalismus bekennen, daraus die Konsequenzen ziehen. Gleichzeitig verurteilt die

44 Siegfried, Milieu, S.109.

45 Politisches Rundschreiben der Zentrale der KPD von Anfang November 1919 zu den auf dem 2. Parteitag beschlossenen Leitsätzen, in: DuM VII.1, S. 143-149, hier S.143 und 145.

46 Rundschreiben Nr. 3 – Bezirk 4, 19.11.1919, SAPMO-BArch, RY 1, I 3/7/18, Bl. 5.

47 Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 3, S.260.

48 Rote Fahne, 27.12.1919.

Konferenz das Vorgehen der Zentrale auf der Reichskonferenz.“[49] Der Bericht über einen Vortrag Clara Zetkins in Berlin-Wilmersdorf zeugt ebenfalls von der fortgesetzten innerparteilichen Diskussion. In diesem Fall stellten die Kritiker die Mehrheit: „Der Auffassung der Referentin, daß zu diesen Kampfeswaffen des Proletariats auch – unter bestimmten politischen Umständen – die Beteiligung am Parlament gehöre, begegnete bei der im Saale stark vertretenen Berliner antiparlamentarisch-syndikalistischen Opposition lebhaften Widerspruch. Es kamen verschiedene Redner zum Wort, die den Parlamentarismus grundsätzlich ablehnten.“[50]

Ein Bericht an die Komintern zeigt ebenso die Bemühungen der Parteiführung, die innerparteiliche Debatte fortzusetzen: „Unter diesen Umständen mußte die Auseinandersetzung mit der Opposition durchgeführt werden. Sie erfolgte im Oktober 1919 anhand der ‚Heidelberger Leitsätze‘ und erfolgte organisatorisch in der Form, daß die Delegierten, die auf dem Heidelberger Parteitage gegen die Leitsätze stimmten, an der weiteren Parteitagsarbeit nicht mehr teilnehmen konnten, sondern erst ihre Bezirke befragen mußten. Über Ausschluß aus der Partei sollte erst nach weiterer und eingehender Diskussion innerhalb der Parteiorganisationen entschieden werden und erst dann, wenn die Organisation in voller Kenntnis der Tragweite ihrer Beschlüsse für oder gegen die Leitsätze entschieden hatte.“[51]

Zudem bemühte sich die Levi-Zentrale, auch jenen 18 Delegierten, die wegen ihres Abstimmungsverhaltens in Heidelberg ausgeschlossen worden waren, Brücken zum Wiedereintritt zu bauen, indem sie nachdrücklich zwischen inhaltlichen und formellen Gründen der Ablehnung der „Leitsätze“ unterschied. Um die Debatte tatsächlich *inhaltlich* führen zu können, beharrte die Zentrale nicht auf den in Heidelberg vorgenommenen Ausschlüssen. Statt dessen hat sie, wie August Thalheimer während der Januarsitzung des Zentralausschusses (ZA) erklärte, gegenüber ihren Kritikern „in formaler Hinsicht nachgegeben. Dieses Beiseiteräumen formaler Differenzen geschieht nur unter der Voraussetzung, daß die Partei nicht einen Zoll breit von ihrem grundsätzlichen Boden abweicht.“[52] Entscheidend für die Teilnahme am kommenden Parteitag war daher nicht mehr, ob ein Bezirk bzw. seine Delegierten in Heidelberg gegen die Annahme der „Leitsätze“ gestimmt hatten, sondern ob die Ablehnung formelle

49 Ebenda, 19.12.1919.

50 Ebenda, 20.12.1919.

51 Bericht über die Entwicklung der KPD, in: Berichte zum 2. Kongress der Kommunistischen Internationale, Hamburg 1921, S.32. Siehe hierzu auch den Beitrag eines namentlich nicht genannten Zentrale-Mitgliedes während des Parteitages: „Es handelt sich heute nicht darum, Organisationen auszuschließen, sondern diejenigen Delegierten, die gegen die Leitsätze gestimmt haben, scheiden zunächst als Personen vom Parteitag aus, sie werden sich bei ihren Organisationen zu verantworten haben, und in diesen Organisationen wird die Entscheidung gefällt werden, ob sich diese für oder gegen die Abstimmung ihrer Vertreter aussprechen“. Bericht 2. Parteitag, S.43.

52 Januarsitzung des Zentralausschusses, S.3.

oder politische Gründe hatte. Nicht vom Abstimmungsverhalten, sondern von „der inhaltlichen Stellung dieser Organisationen" hänge die Zulassung zum nächsten Parteitag ab, entschied der ZA auf seiner Sitzung am 4./5. Januar 1920.[53] Mitgliedern, die aufgrund des formalen Vorgehens der Zentrale in Opposition zu ihr standen, sollte offensichtlich der Weg zurück in die Partei offengehalten werden. So bemühte sich die Führung auch immer wieder um Diskussionen mit den oppositionellen Bezirken, um diese für ihre Auffassungen zu gewinnen.[54]

Gleichzeitig wurden die „Leitsätze" auf jener Januarsitzung des ZA noch einmal bestätigt und es wurde festgestellt, daß nur Bezirke, die auf ihrem Boden stehen, das Recht hätten, Delegierte zum nächsten Parteitag zu entsenden. Diesen Bezirken, so wurde ausdrücklich festgestellt, „bleibt es unbenommen, Abänderungsanträge zu den Leitsätzen zu stellen".[55] In einem Artikel „Zur Spaltung" von Paul Levi hieß es: „Nach fünf Monaten freier Diskussion und Klärung in den Organisationen kann niemand mehr das Argument der ‚Überrumpelung' gebrauchen, ohne der Lächerlichkeit zu verfallen. Zu allem Überfluß ist in den Hauptzentren der früheren Opposition zugegeben worden, daß formale Gründe keine Rolle mehr spielen, sondern die Entscheidung auf rein sachlichem Boden gefallen sei."[56]

Einen Monat später erklärte der ZA die „Leitsätze" als „bindenden Beschluß der Partei", nachdem er festgestellt hatte, daß die gesamte Partei ausreichend Gelegenheit zur Stellungnahme gehabt habe.[57] Zum Abschluß gebracht wurde die parteiinterne Auseinandersetzung auf dem 3. Parteitag der KPD, der am 25./26. Februar 1920 in Karlsruhe tagte. In einem dort beschlossenen „Aufruf an die Partei" hieß es: „Diese taktischen Probleme sind monatelang vor dem Heidelberger Parteitag diskutiert worden. Sie sind seitdem anhand der Lösung, die der Heidelberger Parteitag ihnen gegeben hat, monatelang in allen Parteiorganisationen durchgesprochen worden. Die Partei hat, um alle nur formellen Einwände abzuschneiden, organisatorisch freiesten Spielraum gelassen und den Organisationen die Möglichkeit gelassen, rein sachlich zu den Leitsätzen Stellung zu nehmen. Alle Organisationen, ohne Ausnahme, haben von dieser Gelegenheit ausgiebig Gebrauch gemacht und ihre Stellung zu den Leitsätzen [...] präzisiert. Es sind daher nun alle Voraussetzungen über und über erfüllt, um

53 Siehe Mitteilung der Zentrale der KPD zur Gruppe um Laufenberg-Wolffheim in Hamburg, S.149-152, hier S.151, sowie Beschluß der Tagung des Zentralausschusses der KPD am 4. und 5. Januar 1920 über die Grundsätze für die Einberufung des 3. Parteitages, in: DuM VII.1, S.170.

54 So zum Beispiel Heinrich Brandler Anfang November 1919 im Bezirk Wasserkante Siehe SAPMO-BArch, RY 1, I 3/16/13, Bl. 1-3.

55 Januarsitzung des Zentralausschusses, S.4.

56 [Paul Levi:] Zur Spaltung, in: Die Internationale, 2. Jg. (1920), H. 21, S.9.

57 Beschluß der Tagung des Zentralausschusses der KPD, 7. und 8.2.1920, in: DuM VII.1, S.184.

diese Differenzen organisatorisch zum Abschluß zu bringen."[58] Davon ausgehend beschloß der Parteitag mit lediglich drei Gegenstimmen den Ausschluß der weiterhin oppositionellen Bezirke Nord, Nordwest, Niedersachsen, Groß-Berlin und Dresden.[59]

Fazit

Es läßt sich festhalten, daß die so häufig und von ganz verschiedenen Seiten geäußerte Kritik am Vorgehen der KPD-Zentrale beim Heidelberger Parteitag einen wahren Kern enthält. Die als brachial wahrgenommene Durchsetzung von „Leitsätzen", deren Positionen von einem großen Teil der Mitgliedschaft nicht geteilt wurden und deren Konsequenz – die Spaltung – wohl von der Mehrheit der Mitglieder abgelehnt wurde, macht deutlich, daß das Vorgehen der Levi-Zentrale unter dem Gesichtspunkt der innerparteilichen Demokratie ohne Frage problematisch war. Sicher hätte es einen besseren Weg zur Lösung des innerparteilichen Konflikts gegeben. Nichtsdestotrotz zeigen die Dokumente, daß die Zentrale sowohl vor als auch in den Monaten nach dem Parteitag bemüht war, die innerparteiliche Debatte um die kritischen Fragen zu forcieren und ausgiebig zu führen. Der Ausschluß eines – in der Tat: großen – Teils der Mitgliedschaft fand auf einer klaren politischen Grundlage statt. Die beiden Flügel in der Partei vertraten in wesentlichen Fragen gegensätzliche Positionen und entwickelten zudem nicht miteinander vereinbare Praktiken. Es war daher nur eine Frage der Zeit, bis es zur Spaltung kommen mußte.

Außerdem sollte nicht übersehen werden, daß es Levi um die Durchsetzung des radikaldemokratischen Gedankens des Spartakus-Programms ging: „Der Spartakusbund wird nie anders die Regierungsgewalt übernehmen als durch den klaren, unzweideutigen Willen der proletarischen Masse in ganz Deutschland, nie anders als kraft ihrer bewußten Zustimmung zu den Ansichten, Zielen und Kampfmethoden des Spartakusbundes."[60] Dies erforderte eine klare Trennung von den ultralinken putschistischen Strömungen in der Partei,[61] eine Position, die im übrigen auch Lenin in seinem berühmten Werk „Der linke Radikalismus" unterstützte.[62] Zudem war die Trennung die „notwendige Bedingung für den

58 Aufruf an die Partei, in: Bericht über den 3. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) am 25. und 26.2.1920, hrsg. von der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund), Berlin o. J. (1920), S.4-7, hier S.6.

59 Siehe ebenda, S.7 und 33. Die Bezirke Oberschlesien, Magdeburg, Hannover, Bremen und Hamburg hatten keine Delegierten zum Parteitag entsandt. Siehe ebenda, S.21.

60 Zit. nach: Flechtheim, KPD, S.98.

61 Dazu siehe auch Angress, Kampfzeit, S.68.

62 Siehe W. I. Lenin: Der „linke Radikalismus", die Kinderkrankheit im Kommunismus, in: Ders.: Werke, Bd. 31, Berlin (Ost) 1964, S.1-91. Gegen die Linkskommunisten gewandt erklärte er hier, daß man beim Versuch, die Massen zu gewinnen, „allein mit der Wiederholung der Wahrheiten des ‚reinen' Kommunismus nichts mehr ausrichten [könne]". (S.81)

Zusammenschluß mit dem linken Flügel der USPD"[63] – durch den die KPD Ende 1920 zu einer Massenpartei wurde. Letztendlich machte Levi also mit dem Ausschluß der Ultralinken „den Weg frei für sein wichtigstes Ziel: die Verwandlung der KPD in eine wirkliche Arbeiterpartei".[64]

Offensichtlich gab es – anders als Mallmann behauptet – ganz entscheidende Unterschiede zwischen Levi und Thälmann und damit zwischen der Partei von 1919 und der von 1929: Das Vorgehen der Zentrale 1919 führte keineswegs zu einem Absterben der innerparteilichen Demokratie und Diskussionsfreiheit und zielte auch nicht darauf ab. Diese blieben auch unter der von Ernst Meyer geführten Zentrale in den Jahren 1921/22 stark ausgeprägt.[65] 1923 herrschte ebenfalls noch „völlig freie Aussprache. Kritik an sämtlichen Entscheidungen der Parteizentrale war gestattet".[66] Theodor Bergmann meint, daß die KPD bis zu diesem Zeitpunkt keineswegs weniger demokratisch gewesen sei als die SPD.[67] Die kommunistische Presse blieb bis Mitte/Ende der 20er Jahre offen für verschiedene, oft genug auch konträre Positionen. Die Parteitage dieser Jahre waren gekennzeichnet von freien Diskussionen und heftigen Auseinandersetzungen. Oppositionelle hatten selbstverständlich die Möglichkeit, ihre Positionen in Koreferaten darzulegen. Ebenso selbstverständlich konnte die Zentrale mit ihren Positionen auf Parteitagen unterliegen. Dies geschah sowohl in Heidelberg, als gegen den Willen Levis eine leichte Entschärfung des Schlußsatzes der „Leitsätze" mehrheitlich angenommen wurde,[68] als auch noch fünf Jahre später: Anfang 1924 wurde die Zentrale der KPD um Heinrich Brandler von den Delegierten eines erneut von heftigsten Diskussionen geprägten Parteitages in freier Entscheidung gestürzt. Die Mitglieder konnten sich also sehr wohl noch gegen die Führung (und die eine andere Führungskonstellation befürwortende Komintern-Spitze) durchsetzen[69] – ein nach den Thälmannschen Säuberungen wohl ganz undenkbarer Vorgang: Später genügte die Tatsache, eine andere Meinung als das Zentralkomitee zu vertreten, um aus der Partei ausgeschlossen zu werden.

Auch der Levi-Biographin Charlotte Beradt muß widersprochen werden, wenn sie argumentiert, die Heidelberger Spaltung sei „zwar methodisch, nicht aber inhaltlich zu vergleichen" mit den Spaltungen späterer Jahre, bei denen es anders

63 Hallas, Flut, S.33.

64 Jörn Schütrumpf: Unabgegoltenes. Politikverständnis bei Paul Levi, in: Utopie kreativ Nr. 150, April 2003, S.330-342, hier S.333.

65 Siehe Florian Wilde: „Diskussionsfreiheit ist innerhalb unserer Partei absolut notwendig" – Das Verhältnis des KPD-Vorsitzenden Ernst Meyer zur innerparteilichen Demokratie 1921/22, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2006, S.168-184.

66 Otto Wenzel: 1923. Die gescheiterte Deutsche Oktoberrevolution, Münster 2003, S.25.

67 Siehe Theodor Bergmann: Paul Levi. Tragik eines deutschen Revolutionärs zwischen den Parteien, in: Utopie kreativ, Nr. 185, März 2006, S.247-256, hier S.248.

68 Siehe Bock, Syndikalismus, S.143.

69 Siehe Weber, Wandlung S.60-73.

als in Heidelberg um die Durchsetzung der Apparatherrschaft in der Partei gegangen sei.[70] Nach Sichtung der Quellen läßt sich vielmehr festhalten, daß die Ereignisse gerade nach dem Parteitag auch methodisch nicht mit der späten KPD vergleichbar waren. Versuche, oppositionelle Kommunisten politisch zu überzeugen und bereits Ausgeschlossene wieder für die Partei zu gewinnen, hat es in der KPD der späten Weimarer Republik nicht gegeben. Zudem ist es mehr als fraglich, ob sich in der gerade wenige Monate alten und sich seit Monaten in der Illegalität befindenden Partei überhaupt schon ein „Apparat" hatte herausbilden können.[71]

Aus den Geschehnissen um den Heidelberger Parteitag ein frühzeitiges Ende der parteiinternen Demokratie abzuleiten, wie es Mallmann und andere tun, ist nicht nachvollziehbar. Der Parteitag war bei aller Kritik, die man am konkreten Vorgehen der Zentrale haben kann und muß, eben *kein* Beispiel für den künftigen Umgang mit innerparteilichen Diskussionen und oppositionellen Strömungen. Somit taugt „Heidelberg" auch nicht als Kronzeuge gegen die Wandlungsthese.

70 Charlotte Beradt: Paul Levi. Ein demokratischer Sozialist in der Weimarer Republik, Frankfurt/Main 1969, S.33.

71 Zu den eklatanten Schwächen des „Parteiapparates" siehe den Geschäftsbericht der Zentrale in: Bericht 2. Parteitag, S.26-30.